

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Pressekontakt**

Anke Röver  
089 / 54 199 85-17  
presse@vdpb-bayern.de

## **VdPB vermisst systemischen Blick im Bericht der FinanzKommission Gesundheit**

### **Zu starker Fokus auf Begrenzung der Personalkosten ohne Prüfung der langfristigen Folgen / Schlüsselrolle der Pflege für eine effiziente Versorgung wird ignoriert**

**München, 02.04.2026** – Die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) hat mit Spannung den am vergangenen Montag vorgestellten Bericht der FinanzKommission Gesundheit erwartet und auf Vorschläge zur Stabilisierung der Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung gehofft, die eng verzahnt mit den Ideen aus dem Zukunftspakt Pflege auf eine effiziente Versorgungsstrategie aufbauen. So sehr der jetzt vorgelegte Bericht einem breiten Ansatz folgt und sich bemüht, Problemlagen zu identifizieren, so sehr sind die Maßnahmenvorschläge zum Beispiel zum Pflegebudget nach Ansicht der VdPB allein auf Kostenpositionen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fixiert und lassen wichtige Wechselwirkungen im System außer Acht.

„Uns sind sowohl Zeit- als auch Kostendruck im Zusammenhang mit der Situation der GKV bewusst. Selbstverständlich erkennen wir auch an, dass die Kommission mit ihrem Bericht eine Vielzahl von kurzfristig wirksamen Maßnahmen erarbeitet hat“, stellt VdPB-Präsidentin Rita Zöllner fest. „Gleichzeitig sehen wir, dass Einsparpotenziale allein an einzelnen Leistungstatbeständen festgemacht werden. Das ist mit einer interprofessionellen und sektorenübergreifenden Versorgungsstrategie, wie sie zum Beispiel der Zukunftspakt Pflege einfordert, nicht nur unvereinbar, es konterkariert diesen richtigen und wichtigen Ansatz geradezu.“

Die Empfehlungen berücksichtigen nach Auffassung der VdPB die komplexen Interdependenzen und Wechselwirkungen sowohl innerhalb der GKV als auch insbesondere zur Pflegeversicherung nur äußerst unzureichend. Dieser isolierte Blick greift zu kurz und birgt die Gefahr, Fehlanreize mit weitreichenden Folgen für die Versorgung zu setzen. Als besonders problematisch sieht die VdPB den starken Fokus auf Maßnahmen zur Begrenzung von Personalkosten im Pflegebereich, die ausdrücklich auch den Abbau von Stellen in Betracht ziehen. Pflege werde dabei implizit als ineffizienter Kostentreiber dargestellt. Diese Sichtweise verkenne die zentrale Rolle professioneller Pflege für die Qualität und Sicherheit der Versorgung. Der absehbare Rückbau von Personal und Fachkompetenzen wird nach Ansicht der VdPB zwangsläufig zu einer Verschlechterung der

pflegerischen Versorgung führen und kann im Extremfall deren Sicherstellung gefährden – auch wenn der Bericht dies anders bewertet, bemerkenswerterweise ohne entsprechende fachliche Begründung oder belastbare Quellen.

„Bei wirtschaftlichen Problemen folgt der Vorschlag, in der Pflege Personal abzubauen, fast schon reflexhaft“, kritisiert Zöllner die entsprechenden Vorschläge der Kommission und ergänzt: „Dabei zeigen Studien eindeutig, dass der Abbau von Stellen und pflegerischen Fachkompetenzen unmittelbar zu einer steigenden Pflegebedürftigkeit beiträgt und dadurch in der Folge die Pflegeversicherung zusätzlich belastet. Es ist unstrittig, dass erstmalige oder zunehmende Pflegebedürftigkeit eng mit der Zahl der Krankenhausaufenthalte korreliert. Gerade hier wäre ein Ausbau pflegerischer Fachlichkeit erforderlich, um präventiv zu wirken und Versorgungslücken zu vermeiden.“ Stattdessen drohe sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich ein Abbau von Kompetenzen und Kapazitäten. Im häuslichen Umfeld ist sogar mit einer Reduktion von Leistungen zu rechnen. Dies werde unweigerlich zu Versorgungsabbrüchen führen. Die Verknappung von Pflegefachpersonal erschwert außerdem den Übergang zwischen Versorgungssettings. Zentrale pflegerische Aufgaben wie Informieren, Beraten und Anleiten können dann nicht mehr in ausreichendem Maße erbracht werden – mit gravierenden Folgen für Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige.

Die VdPB sieht darüber hinaus die vorgeschlagenen Maßnahmen im Widerspruch zu den Zielsetzungen etablierter gesundheitspolitischer Initiativen wie dem BEEP, die auf eine Stärkung und Weiterentwicklung pflegerischer Kompetenzen abzielen. „Uns fehlt der systemische Gesamtblick und eine Klärung, für welche Art von Gesundheitsversorgung die begrenzten Mittel künftig eingesetzt werden sollen. Stattdessen wird versucht, nur die Symptome eines überkomplexen und maroden Systems zu lindern. Pflege wird so zum wiederholten Mal zum Kostentreiber – insbesondere im Krankenhausbereich – erklärt, anstatt ihre Kompetenzen als langfristigen und nachhaltig wirksamen Teil der Lösung zu nutzen und ihre Schlüsselrolle anzuerkennen“, fasst Rita Zöllner abschließend die Kritik der VdPB zusammen.

### **Die VdPB**

*Die **Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und ein unabhängiges Sprachrohr von und für professionelle Pflegekräfte in Bayern. Die VdPB wurde 2017 auf Grundlage des vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Pflegendenvereinigungsgesetzes gegründet und hat unter anderem die Aufgabe, die Qualität der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung weiterzuentwickeln – sowohl im Interesse der Berufsgruppe als auch für die Versorgungssicherheit der Menschen in Bayern. Dazu wirkt die VdPB an Gesetzgebungsverfahren mit und vertritt die Pflegenden in Gremien wie beispielsweise dem Landespflegeausschuss. Zudem berät sie ihre Mitglieder kostenlos in berufsrechtlichen, berufsethischen und fachlichen Fragen und verantwortet den Bereich der Fort- und Weiterbildung der beruflich Pflegenden. Die VdPB ist außerdem die für die Führung des Berufsregisters und die Registrierung der Praxisanleitungen in der Pflege zuständige Behörde. Die Mitgliedschaft in der VdPB ist für professionell Pflegenden freiwillig und kostenlos. Seit November 2025 ist Rita Zöllner Präsidentin der VdPB.*